

## Protokoll über das 2. Pfllegetreff in Germersheim



Der 2. Pfllegetreff in Germersheim fand fünf Monate nach dem 1. Pfllegetreff im Stadtgartenrestaurant dieses Mal am 22. August 2012 um 18 Uhr in der Gaststätte "Rhenania" statt.

Es wurde informiert, dass es eine Informations-und Beschwerdestelle "Pfllege" gibt, die bei der Verbraucherzentrale in Mainz angesiedelt ist und unter der Telefon Nummer 06131-284841 zu erreichen ist und zwar Montags -freitags von 10-13 Uhr und Donnerstags von 14-17 Uhr. Diese Beschwerdestelle ist überkonfessionell und überparteilich. Berichtet wurde über die verschiedenen brieflichen Anfragen an das Gesundheitsministerium Rheinland-Pfalz in Mainz.

Im Januar eine Anfrage von Ingeborg Baldermann per email an Frau Stalter, Sozialministerium, wie sich der Ausschuss Pfllege zusammensetzt, der über den Pfllegeschlüssel usw. berät. Im März kam eine briefliche Antwort von Frau Schleicher-Rothmund über die SPD Fraktion, was bereits an Informations-und Beratungsangeboten geschaffen wurde und über die Weiterentwicklung der pfllegerischen Angebotsstruktur und dem Aufbau einer kommunalen Pfllegestrukturplanung, sowie ein Antrag der SPD u. Grünen zu diesem Thema. Meine Frage nach dem Pfllegeschlüssel blieb unbeantwortet.

Ende Februar wurde die Ministerin für Gesundheit Malu Dreyer von Gisela Deubig zum 1. Pfllegetreff am 22. 03. in Germersheim eingeladen. Im April kam ein Schreiben vom Ministerium, in dem betont wurde, dass es Frau Dreyer ein großes Anliegen ist, von den Nöten und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger zu erfahren. Im Mai bat Gisela Deubig die Ministerin um Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum wurde die Charta von 2006 nicht in ein Gesetz umgewandelt?
2. Warum wurde die Pfllegereform 2009 nicht umgesetzt?
3. Was kam bei dem Jahr der Pfllege 2011 unter dem Strich heraus?
4. Wieviel Geld bezahlt das Land Rheinland-Pfalz jährlich für beide Kirchen?

Im Namen der, im Pfllegetreff engagierten Bürgerinnen und Bürger, bat Frau Deubig die Ministerin um Terminvorschläge für ein persönliches Gespräch in Germersheim. Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet. Am 19. 07. wurde Gisela Deubig durch das Ministerium (Frau German) mitgeteilt, dass Frau Malu Dreyer ihren nächsten Pfllegestammtisch in Germersheim anbieten wird. Der Termin steht noch nicht fest.

Am 23. 07. wurde nochmals an die Fragen vom 8. Mai 2012 erinnert. Daraufhin kam ein Schreiben aus dem Gesundheitsministerium, dass Frau Malu Dreyer diese 4 Fragen wegen fehlender Zuständigkeit nicht beantworten kann. Auskunft zur 4. Frage könnte z. B. das Ministerium für Finanzen auf Anfrage beantworten. Die Frage 1-3 betreffen die bundesrechtliche Ebene.

Im Juni und Juli wieder Erinnerungsbriefe, der letzte zur Kenntnisnahme an Ministerpräsident Beck. Darauf kam 3 Tage später eine Antwort von Herrn Beck, dass demnächst die Fragen beantwortet würden. Die gleichen Briefe an die AOK und IKK waren "verloren" gegangen. Das schrieb G. Deubig mit ihrem Dankschreiben für die schnelle Antwort an Herrn Beck.

Es wurde beim 2. Pflorgetreff wieder über persönliche Erfahrungen untereinander gesprochen und zum Schluß überlegte man sich, welche Fragen, man schriftlich vorher zur Beantwortung an die Gesundheitsministerin Malu richten wolle für dieses gemeinsame Treffen in Germersheim.

Es wäre sinnvoll, bei Überschüssen, wie es bei den Kassen im Moment der Fall ist, einen Grundstock für die Pflege einzurichten, z.B. um mehr Personal einstellen zu können. Wo kann man streichen und sinnvoller einsetzen? Was ist zu tun? Über diese Fragen wurde geredet.

Fazit: Um den § 1, den 1. Artikel im Grundgesetz einhalten zu können: "Die Würde des Menschen ist unantastbar" muß mehr Personal in der Pflege gut ausgebildet eingesetzt und vor allem besser bezahlt werden.

Der frühere Bundespräsident Walter Scheel, heute 93 Jahre alt, hat eine Stiftung ins Leben gerufen "Recht und Würde". Er schrieb im Februar 2012 in der Süddeutschen Zeitung: Wie es ist, sich in die Hände anderer Menschen zu begeben und warum auch die Würde der 90-jährigen unantastbar sein sollte: Alt-Bundespräsident Walter Scheel wünscht sich ein Umdenken in der Gesellschaft.

Beim Pflorgetreff wurde beschlossen zu allen angebotenen Diskussionsforen von Politikern zu gehen. Über das Thema "Pflege" werden Gespräche mit Tobias Lindner von den Grünen und Dr. Thomas Gebhard von der CDU sowie dem MdL (CDU) Herr Brandl geführt.

Der Deutsche Frauenring, Ortsring Germersheim, stellt einen Antrag in der Hauptversammlung des DFR, um dem dringenden Pflegenotstand entgegenzuwirken. Im Oktober kommen in Berlin alle Landes- und Ortsverbände in Deutschland zusammen und nehmen Anträge entgegen, unsere Bitte ist es, diesen Antrag dem Bundesgesundheitsministerium weiterzuleiten, da dringend Handlungsbedarf besteht.

Germersheim, 27. August 2012

Ingeborg Baldermann

Mitglied des Pflegeselbsthilfevereins e.V.

1. Vors. des DFR OR Germersheim e.V.